

CONV 118/02

CONTRIB 50

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: **Beitrag des Mitgliedes des Konvents Herrn Reinhard Bösch :
Politikbereiche Justiz und Inneres**

Der Generalsekretär des Konvents hat den in der Anlage wiedergegebenen Beitrag des Mitgliedes des Konvents Herrn Reinhard Bösch erhalten.

**Beitrag des Konventmitgliedes Dr. Reinhard Bösch
zu den Politikbereichen Justiz und Inneres**

In seiner Plenartagung am 6. Juni 2002 befasst sich der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union mit den **Politikbereichen Justiz & Inneres (JI)**. Die diesbezüglichen europarechtlichen Regelungen sind zweigeteilt, einerseits jene des Titel IV des EGV (Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr) sowie jene des Titel VI EUV (Polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen).

Die Justiz- und Innenpolitik regelt nicht nur Kernbereiche der staatlichen Souveränität, sondern ist auch – insbesondere im Bereich des Strafrechtes – vom Vertrauen der Bevölkerung in die jeweilige Rechtsordnung beeinflusst. Eine europaweite Angleichung der historisch gewachsenen Rechtsordnungen ist daher nicht notwendig. Vielmehr muss eine effiziente Koordinierung derselben auf Basis von völkerrechtlichen Übereinkommen das Ziel sein und nicht eine zwangsweise Harmonisierung. Durch eine solche wäre eine tiefgreifende Erschütterung des Vertrauens der Bevölkerung in ihre Rechtsordnung zu befürchten.

Aus diesen Überlegungen muss den Besonderheiten der Justiz- und Innenpolitik weiterhin im Rahmen der 3. Säule Rechnung getragen werden. Eine Vergemeinschaftung, wie dies die Kommission vorsieht, ist abzulehnen. Vielmehr scheint eine Bündelung der Kompetenzen beim neu zu gestaltenden **JI-Rat** sinnvoll: Dieser Rat soll wie bisher aus den Innen- und Justizministern der Mitgliedstaaten bestehen. Die Vorsitzführung sollte durch einen Generalsekretär ohne Stimmrecht erfolgen, der für die Umsetzung der Beschlüsse zuständig ist und dem auch die Agenden der entsprechenden Kommissariate übertragen werden, die im Gegenzug aufgelöst werden. Das Initiativrecht soll sowohl der Kommission als auch den Mitgliedstaaten zukommen, wobei bei letzteren aus Effizienzgründen eine Mindestanzahl von drei Staaten vorgesehen werden kann.

Die **Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips** und des völkerrechtlichen Charakters des Gremiums ist unabdingbar. Des weiteren ist im Sinne einer klaren Kompetenzverteilung eine Rückübertragung der jetzt im Titel IV geregelten Politikbereiche in die Zuständigkeit des JI-Rates denkbar. Die jetzt im Artikel 34 EUV vorgesehen Rechtsinstrumente scheinen ausreichend. Für Eingriffe in Kernbereiche der staatlichen Souveränität wie insbesondere dem Strafrecht kommen

nur **Übereinkommen** nach Art 34 Abs 2 lit d EUV in Frage, die von den Mitgliedstaaten ihren verfassungsrechtlichen Vorgaben entsprechend umzusetzen sind.

Materiell betrachtet ist aus freiheitlicher Sicht insbesondere eine **verstärkte Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der illegalen Migration** zu fordern. In diesem Zusammenhang sind die Koordinierungsmaßnahmen von Europol zu intensivieren, eine operationelle Rolle ist aber nicht vorzusehen. Die Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft wird abgelehnt, denn das Strafrecht muss der Regelung durch die nationalen Gesetzgeber und dem Vollzug durch nationale Gerichte und Behörden vorbehalten bleiben.

Hinsichtlich des Grenzschutzes – insbesondere nach der Erweiterung – ist die Einrichtung einer multinationalen **EU-Grenzschutztruppe** analog zur militärischen EU-Eingreiftruppe der 2. Säule zu fordern, die unter Leitung des JI-Rates den Schutz der Außengrenze wahrnehmen soll.
